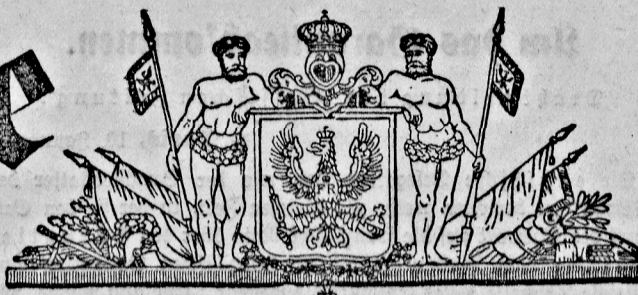


Vossische



Zeitung

50 Pfennig

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 20 Mark. Anzeigen: Zeile 6 Mark und 50% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postcheckkonto Berlin 660.

Um die Zulassung Rußlands.

Meinungsverschiedenheiten im Pariser Kabinett.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 10. Januar.

Im Laufe der Nacht haben Briand und Loucheur ein ausführliches Telegramm nach Paris gerichtet, um ihre Ministertollegen über den Stand der Verhandlungen in Cannes zu unterrichten. Der Ministerrat trat heute früh unter Millerands Vorsitz zu einer Sitzung zusammen, der Finanzminister Doumer beiwohnte, der aus Cannes zurückgekehrt war. In dieser Sitzung wurde lediglich über den Inhalt von Briands Telegramm beraten.

Die Minister sind, wie ich zuverlässig erfahre, mit Briands Haltung in der Frage der Einladung der Sowjets zu der Konferenz von Genua nicht einverstanden. Die Minister verlangen, daß die Sowjets die ehrenwörtliche Verpflichtung eingehen, alle Bestimmungen des Obersten Rates in der Resolution vom 6. Januar und der kommenden Finanzkonferenz vorbehaltlos anzuerkennen, ehe sie zur Teilnahme an den Verhandlungen zugelassen werden sollen. Briand hat sich bekanntlich dem englischen Standpunkt angeschlossen, der dahin geht, daß es genüge, wenn diese Annahme erst auf der Konferenz selbst erfolgt. Dieser Bescheid des Ministerrates traf im Laufe des Nachmittags in Cannes ein. Briand hatte sofort eine Unterredung mit Lloyd George.

* Paris, 10. Januar, 11 Uhr abends.

Zu der Stellungnahme des Ministerrates erfahre ich an zuständiger französischer Stelle, daß man nicht annehmen dürfe, es könnte wegen der Meinungsverschiedenheiten zu einem ernstem Konflikt innerhalb der Regierung kommen.

Cannes, 10. Januar. (Savas.)

Nachmittags war in den Kreisen der Konferenz das Gerücht verbreitet, der Ministerrat in Paris habe die Regelung der Reparationsfrage nicht in derselben Weise wie die französische Delegation in Cannes aufgefaßt. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, muß der Oberste Rat vielleicht zu einer neuen Prüfung gewisser Fragen schreiten, die grundsätzlich geregelt schienen.

Die Sowjetregierung wünscht Verhandlungen in London

Sonderbericht der „Vossischen Zeitung“.

* Cannes, 10. Januar.

Im Laufe des gestrigen Abends lief beim Obersten Rat ein zweites Telegramm Schischserins ein, welches lautet: „Neuter teilt mit, daß der Oberste Rat Genua als Sitz der Wirtschaftskonferenz vorschlägt. Die russische Regierung findet, daß Genua zu weit entfernt ist und daß die Verbindungen dorthin ungenügend sind. Sie schlägt London vor.“

Paris, 10. Januar. (W. L. B.)

Der Sonderberichterstatter der Agentur Savas in Cannes meldet, der interalliierte Ausschuss, der die Bedingungen festsetzen soll, unter denen die Konferenz in Genua zusammentreten wird, hat heute vormittag unter dem Vorsitz Loucheurs seine erste Sitzung abgehalten. Er hat den Text der Einladungen festgelegt, die an die verschiedenen Mächte gerichtet werden sollen. Eine besondere Mitteilung wird an die Sowjetregierung ergehen, in der deren Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Verpflichtungen hingelenkt werden soll, die der Oberste Rat beschlossen hat, von ihr zu verlangen. Der Ausschuss hat ferner das Programm der Arbeiten der Konferenz von Genua aufgestellt, das ausschließlich ökonomische und finanzielle Fragen umfaßt. An der Spitze der Tagesordnung steht die Annahme der in der Resolution des Obersten Rates vom 6. Januar aufgeführten Bedingungen.

Der Oberste Rat, der heute nachmittag wieder zusammentritt, wird die verschiedenen Vorschläge des Ausschusses zu ratifizieren haben. Er wird endlich noch die Aufgabe haben, die Liste der Mächte aufzustellen, an die Einladungen zu der Konferenz von Genua geschickt werden sollen. Man weiß bereits, daß die Vereinigten Staaten ebenfalls eingeladen werden sollen, obgleich es sich um eine Konferenz von Vertretern der europäischen Nationen

handelt. Es handelt sich darum, zu wissen, ob die russischen Nachfolgestaaten, deren politisches Statut erst in mangelhafter Weise festgelegt worden ist (Georgien und die Ukraine) zur Entsendung von Delegierten eingeladen werden sollen oder nicht.

Eine Einladung der römischen Regierung, als der Gastgeberin der neuen Konferenz, ist wie gemeldet, bereits an die Sowjetregierung abgegangen. Herr Schischserin hat sich nach dem vorstehenden Telegramm aber — wie die Mehrzahl seiner Zeitgenossen — im Irrtum befunden, wenn er annahm, daß die italienische Aufforderung auch schon die Einladung des Obersten Rates involvierte und deshalb seine Antwort nach Cannes adressierte.

Heute vormittag Beratung mit den Deutschen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 10. Januar.

Die deutsche Delegation unter Rathenaus Führung ist heute mittag gegen 1 Uhr in Paris eingetroffen und mit dem nächsten Zuge um 5 Uhr 35 Min. nach Cannes weitergereist, nachdem bereits in den Morgenstunden ein Telegramm des Obersten Rates eingelaufen war, das in höflichster Form die Einladung für Cannes übermittelte. Wie die Pariser Abendblätter mitteilen, wird die deutsche Delegation gegen Mittag bereits vom Obersten Rat gehört werden. Rathenau weiger sich wiederum, der Presse irgendwelche Mitteilungen zu machen, ehe er nicht mit dem Obersten Rat verhandelt habe.

Wie Savas aus Cannes meldet, hatte Briand heute vormittag eine lange Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois.

Italien und der Garantievertrag.

Sonderbericht für die „Vossische Zeitung“.

* Cannes, 10. Januar.

Gestern abend waren hier Gerüchte verbreitet, die Unterzeichnung des englisch-französischen Paktes sei durch die versteckte Drohung Bonomis, Italien werde sich auf eigene Faust mit Deutschland zu verständigen suchen, wenn es aus dem englisch-französischen Garantievertrage ausgeschlossen werde, ebenso durch Belgiens Verlangen, in diesen Vertrag einbezogen zu werden, verzögert. Das englische Kabinett soll den ihm vorgelegten Entwurf für den Garantievertrag gutgeheißen haben.

Es war ursprünglich vorgesehen, daß der Text noch heute abend veröffentlicht wird. In letzter Stunde verlautet, daß er erst morgen bekanntgegeben wird.

In einer langen Unterhaltung mit Bonomi und einer privaten Unterredung mit Briand, während Curzon mit Gaspar sprach, hofft Lloyd George heute abend noch zu einer Uebereinstimmung mit Italien und Belgien zu kommen.

Frankreich ist hauptsächlich daran interessiert, den Defensivvertrag auf zwei Mächte zu beschränken, um ihm größere Wirksamkeit und schnellere Aktionsfähigkeit im Falle eines Bedürfnisses zu geben. Die Haltung Italiens scheint allerdings Briand veranlaßt zu haben, seinen Gesichtspunkt zu ändern.

Der Streit um die Saargruben.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 10. Januar.

Die Antwort des Präsidenten Millerand auf das gestrige Telegramm Briands ist heute früh bereits, wie dem „Temps“ mitgeteilt wird, in Cannes eingetroffen. Der Temps-Korrespondent will wissen, daß Präsident Millerand gemäß Briands Vorschlag mit der Zahlung von 140 Millionen Goldmark für Frankreich zufrieden ist, daß er aber wünscht, daß Artikel 4 des Abkommens vom 13. August (Belassung des Kapitalwertes der Saarminen) nicht auf das Jahr 1921 angewandt werde. Loucheur hat offiziell bei den belgischen Delegierten einen diesbezüglichen Schritt unternommen, doch beharren diese auf ihrem Standpunkte und erklären, sie hätten die äußerste Grenze der Konzessionen erreicht.

Die „Internationale von Cannes“.

Nicht nur in Deutschland schreckt das Werden und Wachsen industrieller „Herzogtümer“ die um Staatsmacht, Demokratie und soziales Gleichgewicht Besorgten. Die radikal-oppositionellen englischen Zeitschriften vom Schlage des „New Statesman“ und der „Nation“ erörtern unter dem gleichen Gesichtswinkel die europäische Wirtschaftsentwicklung, die sich in Cannes anzubahnen scheint. Hier geht es nicht nur um industrielle Feudalitäten, die sich innerhalb der Grenzen des einzelnen Staates und der einzelnen Volkswirtschaft aufrichten; hier zeigt sich der Schattenriß einer hochkapitalistischen Oligarchie, die ihr Herrschaftsgebiet über Völker und Ländergrenzen ausweiten und vielleicht ganz Europa in eine große „Chartered Company“ unter Führung der englisch-amerikanischen Hochfinanz und mit Filialleitungen durch französische, deutsche, belgische, italienische, tschechische Industriekapitäne verwandeln wird. Mit einer gewissen Bitterkeit sprechen jene Aufsätze von den Ideen uneigennützigter, gegenseitiger Hilfe durch Kreditgewährung an die Schwächsten und Handelsvereinfachung, die ein Kreis ökonomischer Idealisten in allen europäischen Ländern seit Jahr und Tag diskutiert hat. Von solcher Rettung ohne direkten Profit sei jetzt, wo die Staatsmänner der Alliierten die Angelegenheit endlich offiziell in die Hände genommen hätten, nicht mehr die Rede; der Profit stehe im Vordergrund der Debatten und man denke nur mehr an den Wiederaufbau Europas mit 10 v. H. Gewinn.

Die „Nation“ fügt diesen Betrachtungen die resignierte Schlussfolgerung hinzu, daß man, wenn sich keine anderen Kräfte der Rettung zeigten — und es zeigen sich ja leider keine — den unternehmungslustigen Hochkapitalismus das Geschäft machen lassen müsse, und daß ein Friede von Cannes immer noch besser sei als gar kein Friede. In der Tat hat sich — gleichviel ob unter dem Einflusse besonders ungünstiger äußerer Voraussetzungen oder aus immanenter Unfruchtbarkeit — die Führerfähigkeit und die Aufbaukraft des Sozialismus als so gering erwiesen, daß man wohl oder übel dem nach wie vor sehr lebendigen und beweglichen Kapitalismus die Gelegenheit geben muß, zu beweisen, ob er die Formen gemeinsamer Arbeit zu finden vermag, die Europa vor dem endgültigen Ruin retten können. In Zeiten, in denen alles auf zielbewusste Führung ankommt, muß man die Führer nehmen, wo man sie bekommen kann, und darf nicht allzu ängstlich darnach fragen, ob sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben etwas zu viel Macht an sich reißen und etwas zu viel Geld verdienen. Dieser harten Notwendigkeit beugt sich ja selbst der russische Kommunismus, der zuhause und draußen mit dem Kapitalismus zu partieren bereit ist, ohne ihn und seine Träger in ihrem Wesen und ihrem Charakter beeinflussen zu können. Der Kapitalismus ist nicht reif zur Ablösung, weil vorderhand die positiv schaffenden und führenden wirtschaftlichen Kräfte fehlen, die ihn ablösen könnten. Nur wenn er die Gelegenheit, die ihm heute der Zustand Europas und der Welt gewährt, nicht zu nutzen vermöchte, nur wenn er das Werk des europäischen Wiederaufbaues verpfuschte, hätte seine Stunde geschlagen.

Allein — wenn man es auch nicht verantworten könnte, drei Jahre nach dem Ende des Krieges (drei Jahre, in denen die Politik fast alles erschlagen hat, was wirtschaftlicher Schaffensdrang aufzurichten versuchte) dem Kapitalismus den Weg zur Sanierung Europas zu verlegen, so darf man doch nicht die Gefahr übersehen, daß der wirtschaftliche Aufschwung, den die hemmungslose Entfaltung des Hochkapitalismus vielleicht brächte, durch politische und soziale Opposition und Rebellion arg beeinträchtigt und gedämpft werden kann. Der „New Statesman“ macht darauf aufmerksam, daß die Massenempfindungen im Europa von 1922 doch wesentlich andere seien als in dem von 1914. Einmal sei ein Geist nationalen Selbstbewußtseins erwacht, der es schwer machen werde, große europäische Länder wirtschaftlich zu verwalten und auszubeuten wie überseeische Kolonien. Die Völker seien bereit, einen Preis für wirtschaftliche Hilfe zu zahlen; aber dieser Preis müsse mit ihrer Selbstachtung vereinbar sein. Hier ist das sehr schwerwiegende wirtschaftspsychologische Problem Rußland aufgeworfen (manche Leute haben ja die allzu simple Vorstellung, daß man das most-wirtschaftliche Reich mit den gewöhnlichen Methoden des Kolonialkapitalismus reorganisieren könne) und hier wird auch die heikle Frage der Stellung und der Rolle Deutschlands im künftigen Europakonfortium berührt. Aber noch mehr Gewicht als auf das Nationalbewußtsein legt der „New Statesman“ mit Recht auf die veränderte politisch-soziale Einstellung der Massen. In Europa sei in diesen letzten Jahren eine Demokratie erwachsen, die zwar noch starke Unvollkommenheiten und Kinderkrankheiten zeige, aber nicht bereit sei, sich selbst einer neuen unbeschränkten Autokratie mit anderen Formen und anderen Trägern zu opfern. Die Massen sehnten sich nach „Co-operation“ aber sie würden Widerstand leisten, wenn diese sich als bloße „Co-exploitation“ entpuppte. Wenn man versuche, große europäische Völker mit ihrer ganzen Arbeiterschaft unter die Herrschaft von Riesen